

Alternative für Deutschland

Satzung des Landesverbands Bayern

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet	3
§ 2	Mitgliedschaft	3
§ 3	Gliederung	3
§ 4	Organe des Landesverbandes	4
§ 5	Landesparteitag	4
	Allgemeines	4
	Einberufung	5
	Eröffnung, Tagesordnung	5
	Wahlen	5
	Abwahl	6
	Beschlussfassung	6
§ 6	Wahl von Bundesdelegierten	6
§ 7	Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände	7
§ 8	Landesvorstand	7
§ 9	Rechte und Pflichten des Landesvorstands	7
§ 10	Sitzungen und Beschlüsse des Landesvorstandes	8
§ 11	Vorstand des Gebietsverbands	8
§ 12	Ordnungsmaßnahmen	8
§ 13	Landesschiedsgericht	9
§ 14	Landesfachausschüsse	9
§ 15	Landesprogrammkommission	9
§ 16	Mitgliederentscheid und Mitgliederbefragung	9
§ 17	Koalitionsvereinbarungen	10
§ 18	Unabhängigkeit der Landesvorstände	10
§ 19	Häufung von Vorstandsämtern	10
§ 20	Beschränkung des Berufspolitikertums	10
§ 21	Nebentätigkeiten und Lobbyismus	11
§ 22	Inkrafttreten	11

§ 1 Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

- (1) Die Partei führt den Namen Alternative für Deutschland mit der nachgestellten Landesbezeichnung Bayern. Die Kurzbezeichnung der Partei lautet AfD Bayern.
- (2) Der Landesverband hat seinen Sitz in München. Das Tätigkeitsgebiet entspricht dem Bundesland Bayern.
- (3) Das Wirtschaftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

§ 2 Mitgliedschaft

- (1) Für die Mitgliedschaft gelten die Bestimmungen der Bundessatzung in ihrer jeweils gültigen Fassung.
- (2) Die für die Aufnahme der Mitglieder des Landesverbandes zuständige Gliederung ist der Kreisverband.

§ 3 Gliederung

- (1) Der Landesverband gliedert sich in Bezirks- und Kreisverbände.
Der Kreisverband ist der Gebietsverband der AfD in den Grenzen eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt. Ausnahmen genehmigt der Landesvorstand. Der Kreisverband ist die unterste rechtlich selbständige organisatorische Einheit des Landesverbands.
- (2) Die Gründung eines Kreisverbandes setzt die Mitgliedschaft von mindestens 15 Mitgliedern im Bereich des zu gründenden Kreisverbandes voraus. Die Gründung erfolgt auf Antrag der Mehrheit der im betreffenden Bereich des Kreises wohnhaften Mitglieder durch Beschluss des Bezirksvorstands. Verweigert dieser seine Zustimmung, so entscheidet auf Antrag der betroffenen Mitglieder der Landesvorstand. Der Bezirksvorstand hat innerhalb von drei Wochen zu den erforderlich gewordenen Mitgliederversammlungen zu laden, welche innerhalb von weiteren sechs Wochen stattfinden müssen.
- (3) Die Bezirks- und Kreisverbände haben Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Ihre Satzungen dürfen den Satzungen der übergeordneten Gebietsverbände jedoch nicht widersprechen.
- (4) Die Kreisverbände können Ortsverbände als rechtlich unselbständige Gebietsverbände gründen. Ortsverbände sind die Organisation der AfD im Bereich einer politischen Gemeinde oder in Stadtteilen.
- (5) Der Kreisverband kann seinen Ortsverbänden gestatten, in seinem Auftrag und unter seiner vollen Aufsicht über alle Einnahmen und Ausgaben sowie über die dazugehörigen Belege eine Kasse zu führen. Die Aufsicht umfasst insbesondere das Recht des Kreisschatzmeisters, die sofortige Herausgabe aller Bücher und Buchhaltungsunterlagen zu verlangen und den jeweiligen Kassenführer des Ortsverbandes vom Kassenzugriff auszuschließen.
- (6) Im Innenverhältnis haftet der Landesverband für Verbindlichkeiten eines nachgeordneten Gebietsverbandes nur, wenn er dem die Verpflichtung begründenden Rechtsgeschäft zugestimmt hat.

§ 4 Organe des Landesverbandes

Organe des Landesverbandes sind der Landesparteitag und der Landesvorstand.

§ 5 Landesparteitag

Allgemeines

- (1) Der Landesparteitag ist das oberste Organ des Landesverbandes.
- (2) Aufgaben des Landesparteitages sind die Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen des Landesverbandes. Darüber hinaus ist der Landesparteitag befugt, jegliche Entscheidungskompetenz an sich zu ziehen und jedem Organ Weisungen zu erteilen.
Es gilt die Geschäftsordnung des Bundesverbands, soweit sich der Landesverband keine eigene Geschäftsordnung gegeben hat.
- (3) Der Landesvorstand entscheidet, ob ein Landesparteitag als Mitgliederparteitag oder als Delegiertenparteitag einzuberufen ist, soweit nicht der Landesparteitag eine Festlegung getroffen hat.
- (4) **Delegiertenparteitag**
Delegiertenparteitage finden mit folgender Zusammensetzung statt:
 - a) Die Mitglieder des Landesvorstandes sind kraft Satzung Mitglieder des Landesparteitages.
 - b) Jeder Kreisverband entsendet einen stimmberechtigten Delegierten je angefangene 10 Mitglieder. Es ist auf den Mitgliederbestand einen Monat vor dem Landesparteitag abzustellen. Die Delegierten werden von den Mitgliedern der Kreisverbände für jeweils zwei Jahre gewählt und bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Sie müssen selbst Mitglied der Partei sein. Die Kreisverbände haben die Ergebnisse von Delegiertenwahlen unverzüglich dem Landesvorstand zu melden.
 - c) Es soll eine gleiche Anzahl von Ersatzdelegierten gemäß b) gewählt werden.
- (5) Der Landesparteitag nimmt jährlich den Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes entgegen. Der finanzielle Teil des Berichtes ist durch die gewählten Rechnungsprüfer zu überprüfen und das Ergebnis dem Parteitag vorzutragen. Dieser entscheidet anschließend über die Entlastung des Landesvorstandes. Der finanzielle Teil des Tätigkeitsberichts ist allen Mitgliedern mit der Einladung zum Landesparteitag zu übersenden.

Einberufung

- (6) Ein ordentlicher Landessparteitag wird vom Landesvorstand unter Mitteilung der vorläufigen Tagesordnung, des Tagungsortes, des Datums und der Uhrzeit mit einer Frist von mindestens drei Wochen an die Mitglieder/Delegierten schriftlich einberufen. Eine Einladung per E-Mail ist möglich, sofern das Mitglied eine E-Mail Adresse hinterlegt hat. Die zum Verständnis der Tagesordnungspunkte erforderlichen Unterlagen sind mit zugänglich zu machen. Im Falle einer Verlegung muss in der gleichen Art eingeladen und eine Frist von zwei Wochen gewahrt werden.
- (7) Durch Beschluss können Bezirks- und Kreisvorstände bis zwei Wochen vor dem Parteitag eine Ergänzung der vorläufigen Tagesordnung beim Landesvorstand beantragen. Dies gilt ebenso für mindestens zehn stimmberechtigte Mitglieder oder fünf Delegierte. Dem Antrag ist eine Begründung beizufügen, welche den Mitgliedern/ Delegierten mit einer Frist von einer Woche vor dem Landesparteitag mitzuteilen ist. Der Landesvorstand kann dem Antrag eine eigene Stellungnahme beifügen.
- (8) Der Landesparteitag wird mindestens einmal im Kalenderjahr unter Beachtung der Fristen nach Absatz 6 einberufen.
Ein außerordentlicher Landesparteitag muss darüber hinaus unverzüglich einberufen werden, wenn dies schriftlich unter Angabe der gewünschten Tagesordnung beantragt wird
- a) von mindestens zehn Kreisvorständen,
 - b) von mindestens drei Bezirksvorständen,
 - c) durch mindestens fünf Prozent aller Mitglieder oder
 - d) wenn der Landesvorstand es mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließt.
- Bei einem außerordentlichen Landesparteitag kann die Ladungsfrist bis auf eine Woche verkürzt werden, wenn der Anlass der Einberufung besonders eilbedürftig ist. Die Eilbedürftigkeit ist in der Einladung zu begründen.
- (9) Zwischen außerordentlichen Landesparteitagen muss ein Mindestzeitraum von drei Monaten liegen, es sei denn, der Landesvorstand beschließt einen kürzeren zeitlichen Abstand.

Eröffnung, Tagesordnung

- (10) Der Landesparteitag wird durch einen Vertreter des Landesvorstandes eröffnet. Seine Aufgabe besteht ausschließlich darin, die Wahl einer Versammlungsleitung durchzuführen.
- (11) Nach der Wahl der Versammlungsleitung beschließt der Landesparteitag über die endgültige Tagesordnung. Hierzu können
- a) Tagesordnungspunkte gestrichen,
 - b) die Reihenfolge geändert oder
 - c) gemäß Absatz 7 beantragte Tagesordnungspunkte aufgenommen werden.

Wahlen

- (12) Der Landesparteitag wählt den Landesvorstand in jedem zweiten Kalenderjahr. Werden einzelne Mitglieder nachgewählt, richtet sich ihre Amtszeit nach der verbliebenen Amtszeit des Gesamtvorstands. Die Gewählten bleiben bis zur Wahl der Nachfolger im Amt.

Abwahl

- (13) Der Landesparteitag kann den Landesvorstand oder einzelne seiner Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit abwählen. Ein Antrag auf Abwahl kann nur gestellt werden, wenn er mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen und von mindestens zwanzig Mitgliedern namentlich unterzeichnet ist. Der Landesvorstand hat unverzüglich alle stimmberechtigten Mitglieder bzw. Delegierten auf den Eingang eines Antrags auf Abwahl hinzuweisen.

Beschlussfassung

- (14) Der Landesparteitag ist unabhängig von der Zahl der tatsächlich erschienenen Mitglieder/Delegierten beschlussfähig. Wird festgestellt, dass weniger als die Hälfte der akkreditierten stimmberechtigten Mitglieder/Delegierte anwesend ist, ist das Tagungspräsidium befugt, die Versammlung zu unterbrechen, zu vertagen oder zu beenden. Macht das Tagungspräsidium davon keinen Gebrauch, entscheidet der Parteitag auf Antrag mit einfacher Mehrheit, ob die Versammlung unterbrochen, vertagt oder beendet werden soll.
- (15) Entscheidungen über Satzungsänderungen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Ungültige Stimmabgaben und Enthaltungen zählen dabei nicht mit. Über einen Antrag auf Satzungsänderung kann nicht auf einem außerordentlichen Parteitag verhandelt werden. Ein Antrag auf Satzungsänderung muss mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen sein. Satzungsanträge, die aufgrund einer Empfehlung einer Behörde der Bundesrepublik Deutschland erfolgen, können auch ohne Antragsfrist auf dem Parteitag zur Abstimmung gestellt werden.
- (16) Die Auflösung des Landesverbandes oder die Verschmelzung mit einer anderen Partei bedarf der Zustimmung des Landesparteitags mit einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Über einen Antrag auf Auflösung oder Verschmelzung kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens zwei Wochen vor Beginn des Landesparteitages beim Landesvorstand eingegangen ist.
- Ein Beschluss über die Auflösung oder Verschmelzung des Landesverbandes bedarf zur Rechtskraft der Zustimmung eines Bundesparteitages.

§ 6 Wahl von Bundesdelegierten

Delegierte für Bundesparteitage werden für höchstens zwei Jahre durch die Bezirksmitgliederversammlungen aus ihrer Mitte gewählt. Die Delegierten bleiben bis zur Neuwahl im Amt. Die Versammlung wählt die vorgegebene Anzahl von Delegierten, sowie mindestens zwei Ersatzdelegierte pro Delegiertem. Die Anzahl der in den Bezirksverbänden zu wählenden Delegierten ergibt sich aus der Anzahl der Bundesdelegierten, die der Landesverband Bayern zu entsenden hat. Jeder Bezirksverband entsendet mindestens einen Delegierten. Die Verteilung der restlichen Delegierten über die Bezirksverbände wird nach Hare-Niemeyer vorgenommen. Maßgeblich ist dabei der Mitgliederbestand am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.

§ 7 Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände

- (1) Die Bestimmungen zum Landesparteitag gelten entsprechend für die Mitgliederversammlungen der Gebietsverbände, soweit keine anderweitigen Regelungen entgegenstehen.
- (2) Das Antragsrecht gemäß § 5 Abs. 7 steht 1% der stimmberechtigten Mitglieder, mindestens jedoch fünf stimmberechtigten Mitgliedern der jeweiligen Gebietsverbände zu.
- (3) In Abänderung von § 5 Abs. 8 können außerordentliche Mitgliederversammlungen einberufen werden auf Beschluss des Bezirksvorstands für seinen Bezirk, eines Kreisvorstands für seinen Kreis. Die Einberufung ist auch vorzunehmen, wenn 100 Mitglieder oder mindestens 30% der Mitglieder des jeweiligen Gebietsverbandes dies beantragen.
- (4) Soweit Ortsverbände vorhanden sind, gelten die vorbezeichneten Bestimmungen entsprechend.

§ 8 Landesvorstand

- (1) Der Landesvorstand besteht aus
 - a) einem Vorsitzenden (Sprecher)
 - b) drei stellvertretenden Vorsitzenden (stellvertretenden Sprechern)
 - c) dem Schatzmeister
 - d) dem stellvertretenden Schatzmeister
 - e) dem Schriftführer
 - f) bis zu fünf weiteren Vorständen.
- (2) Scheidet der Vorsitzende gleich aus welchem Grund aus dem Amt aus, kann der verbleibende Restvorstand ein Vorstandsmitglied aus seinen Reihen wählen, das an die Stelle des Ausgeschiedenen tritt. Der verbliebene Landesvorstand hat unverzüglich einen Landesparteitag für eine Nachwahl einzuberufen. Dieser Parteitag hat höchstens vier Monate nach dem Ausscheiden stattzufinden
- (3) Für ausgeschiedene Mitglieder des Landesvorstandes ist spätestens auf dem nächsten ordentlichen Landesparteitag eine Nachwahl vorzunehmen.
- (4) Der Landesvorstand kann durch Beschluss weitere Mitglieder ohne Stimmrecht kooptieren.
- (5) Der Landesvorstand kann mit 2/3 Mehrheit beschließen, einen Landesparteitag einzuberufen, auf dem er einen Antrag zur sofortigen Neuwahl des Vorstandes einbringt. Der Landesparteitag entscheidet über diesen Antrag mit einfacher Mehrheit.

§ 9 Rechte und Pflichten des Landesvorstands

- (1) Der Landesvorstand leitet den Landesverband Bayern der Alternative für Deutschland. Er führt die Geschäfte auf der Grundlage der Beschlüsse des Landesparteitags.

- (2) Der Landesschatzmeister ist für die Finanz- und Vermögensverwaltung und die Haushaltsbewirtschaftung zuständig. Der Landesschatzmeister berichtet dem Landesvorstand regelmäßig und umfassend über alle finanziellen Angelegenheiten der Partei.
- (3) Der Landesverband wird durch zwei Mitglieder des Landesvorstandes, darunter mindestens der Vorsitzende oder ein Stellvertretender Vorsitzender oder der Schatzmeister gemeinsam gerichtlich und außergerichtlich vertreten.
- (4) Der Landesvorstand kann ein Mitglied der Partei zum Landesgeschäftsführer berufen und ihn ggf. wieder abberufen. Der Landesgeschäftsführer ist für den Vollzug der Beschlüsse des Landesvorstandes und die allgemeine Verwaltung der Partei zuständig. Wird ein Mitglied des Landesvorstandes zum Landesgeschäftsführer gewählt, hat der Gewählte sein Amt als Vorstandsmitglied niederzulegen.

§ 10 Sitzungen und Beschlüsse des Landesvorstandes

- (1) Der Landesvorstand wird durch den Vorsitzenden unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Auf Verlangen eines Drittels der Vorstandsmitglieder muss eine Vorstandssitzung innerhalb von sieben Tagen stattfinden. Der Landesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (2) Der Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner amtierenden Mitglieder teilnimmt.
- (3) Der Landesvorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit der teilnehmenden Mitglieder. Die Abstimmung kann auch schriftlich, telefonisch oder elektronisch im Umlaufverfahren durchgeführt werden. Abstimmungen und ihre Ergebnisse sind zu dokumentieren. Beschlüsse im Umlaufverfahren sind im Protokoll der nächsten Vorstandssitzung zu erfassen. Im Falle der Stimmengleichheit hat der Vorsitzende bei der Neuabstimmung in gleicher Sache doppeltes Stimmrecht.

§ 11 Vorstand des Gebietsverbands

- (1) Der Vorstand eines Gebietsverbands besteht mindestens aus
 - a) einem Vorsitzenden (Sprecher)
 - b) einem Stellvertreter
 - c) einem Schatzmeister oder einem Kassenführer bei unselbstständigen Gliederungen.
- (2) Hat ein Gebietsverband keinen Vorstand oder ist der gewählte Vorstand beschluss- oder handlungsunfähig, so kann der Vorstand der jeweils höheren Gliederungsebene mit einer Ladungsfrist von zwei Wochen zu einer Mitgliederversammlung einladen, auf dem ein neuer, bzw. beschluss- oder handlungsfähiger Vorstand zu wählen ist.
- (3) Im Übrigen gelten entsprechend die Regelungen des § 8 Absatz 3 bis 5, § 9 Absatz 1 bis 3 und des § 10.

§ 12 Ordnungsmaßnahmen

Es gelten die Bestimmungen der Bundessatzung in ihrer jeweils gültigen Fassung.

§ 13 Landesschiedsgericht

Die Zusammensetzung des Landesschiedsgerichts und sein Verfahren werden durch die Schiedsgerichtsordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung geregelt.

§ 14 Landesfachausschüsse

- (1) Der Landesvorstand beschließt die Bildung, den inhaltlichen Zuschnitt und die Auflösung von Landesfachausschüssen.
- (2) Aufgabe der Landesfachausschüsse ist es, programmatische Aussagen der Partei zu entwickeln und den Landesvorstand sachverständig zu beraten. Ihre Tätigkeit richtet sich nach einer vom Landesvorstand zu beschließenden Geschäftsordnung.

§ 15 Landesprogrammkommission

- (1) Die Landesprogrammkommission besteht aus zwei vom Landesvorstand und je zwei von jedem Bezirksvorstand benannten Mitgliedern, sowie den Sprechern der Landesfachausschüsse. Ihre Tätigkeit richtet sich nach einer vom Landesvorstand zu beschließenden Geschäftsordnung.
- (2) Die Landesprogrammkommission hat die Aufgabe, Programmvorschläge für die Landespolitik zu entwickeln. Sie fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit ihrer bei den Abstimmungen anwesenden Mitglieder. Minderheitenvoten mit einem Viertel der Stimmen der bei der Abstimmung anwesenden Mitglieder sind als gleichberechtigte Voten zu berücksichtigen.
- (3) Über die gefassten Beschlüsse einschließlich der Minderheitenvoten ist nach Zustimmung durch den Landesvorstand eine Mitgliederbefragung durchzuführen.
- (4) Das Ergebnis der Mitgliederbefragung ist von der Landesprogrammkommission in den Programmentwurf für den Landesparteitag einzuarbeiten.

§ 16 Mitgliederentscheid und Mitgliederbefragung

- (1) **Mitgliederentscheid**
Über Fragen der Politik und Organisation der Partei kann ein Mitgliederentscheid herbeigeführt werden. Der Mitgliederentscheid steht dem Beschluss eines Landesparteitags gleich. Die Abstimmung erfolgt per Brief- und /oder Urnenwahl.
- (2) **Mitgliederbefragung**
Über Fragen der Politik und Organisation der Partei einschließlich des Programms, der Satzung und Satzungsnebenordnungen sowie über Spitzenkandidaturen aus Anlass allgemeiner Wahlen kann auf Landesebene eine Mitgliederbefragung durchgeführt werden. Die Mitgliederbefragung hat empfehlenden Charakter. Die Abstimmung erfolgt online.

(3) **Antrag**

Soweit dies in der Satzung vorgesehen ist, finden der Mitgliederentscheid und die Mitgliederbefragung auf Antrag des Landesvorstandes, im Übrigen auf Antrag

- a) von drei von Hundert der Mitglieder oder
- b) von acht Kreisvorständen oder
- c) von drei Bezirksvorständen oder
- d) des Landesparteitages
statt.

(4) **Antragsschrift**

Die Antragsteller legen durch die Antragsschrift fest,

- a) ob ein Mitgliederentscheid oder eine Mitgliederbefragung beantragt wird,
- b) über welche mit „Ja“ oder „Nein“ zu entscheidende Frage abgestimmt werden soll.

(5) **Verfahrensordnung**

Die Einzelheiten werden in der Verfahrensordnung für Mitgliederbefragungen und Mitgliederentscheide geregelt, die der Landesvorstand beschließt.

§ 17 Koalitionsvereinbarungen

Koalitionsvereinbarungen bedürfen der Zustimmung durch Mitgliederentscheid.

§ 18 Unabhängigkeit der Landesvorstände

Ein Mitglied des Landesvorstandes darf weder beruflich noch finanziell von der Partei abhängig sein. Ein Mitglied des Landesvorstandes darf nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zu Abgeordneten oder Fraktionen im Europaparlament, Deutschen Bundestag, einem Landtag oder einem anderen Vorstandsmitglied stehen.

§ 19 Häufung von Vorstandsämtern

- (1) Der Landesvorsitzende kann nicht gleichzeitig Vorsitzender einer untergeordneten Gliederung sein.
- (2) Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete (Mandatsträger) dürfen nicht in mehr als einer Gliederung Vorstandsmitglied sein.

§ 20 Beschränkung des Berufspolitikertums

- (1) Parteimitglieder, welche bereits zwei volle Legislaturperioden Mitglied des bayerischen Landtags waren, sollen nur dann nochmals für den Landtag kandidieren, wenn sie vor der Wahl erklären, ihre Wahl nur anzunehmen, falls sie ab der dritten Legislaturperiode mit einer Mehrheit von 60 % gültigen Stimmen gewählt werden.

- (2) Parteimitglieder sollen vor Ihrer Kandidatur für ein Mandat mindestens 5 Jahre in einem Beruf tätig gewesen sein. Bezahlte Tätigkeiten in der Politik oder einer Partei gelten hier nicht als anrechenbarer Beruf.

§ 21 Nebentätigkeiten und Lobbyismus

Es gelten die Regelungen der Bundessatzung in ihrer jeweiligen Fassung.

§ 22 Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit Beschluss des Landesparteitags in Kraft.

Übergangsbestimmungen

Bis zur satzungsgemäßen Neuwahl wird die Struktur des amtierenden Landesvorstandes durch diese Satzung nicht verändert.

Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bestehenden Ausnahmen nach § 3 Absatz 1 gelten als genehmigt.